Der toxische Deal um Lützerath

Von Susanne Götze, Redakteurin Wissenschaft

Zitate aus dem [SPIEGEL-Klimabericht vom 6.1.2023](#)

[...] Es wird immer wieder die Frage auftauchen, ob sich die NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) zusammen mit Robert Habeck (Grüne) in den Verhandlungen vom vergangenen Herbst nicht von RWE instrumentalisiert wurden. Immerhin hat von den Gesprächen nur ein äußerst kleiner Kreis gewusst, auf der Fachebene soll man laut Insidern erst äußerst spät davon erfahren haben. Auf SPIEGEL-Nachfrage teilt das Bundeswirtschaftsministerium mit, dass es von den Treffen keinerlei Gesprächsprotokolle gibt. Wie kann man bei der Verhandlung um solch einen historischen Deal nicht mitschreiben? Selbst von den Verhandlungen um den Verkauf der Lausitzer Braunkohle an die Leag gab es Mitschriften. [...] Die Einigung wurde so zu einem Überraschungscoup, und auch die angefertigten Gutachten zum Ausstieg wurden äußerst kurzfristig angefertigt. Ein Schnellschuss offenbar. Das geht zulasten der Glaubwürdigkeit, vor allem im Fall Lützerath.

Das Schicksal des Dorfes hängt an »groben Schätzungen«

[...] Es geht um die angenommenen Kohlemengen, die laut Betreiber noch nötig sind, um die anliegenden Kraftwerke in den nächsten acht Jahren zu versorgen.

Im Tagebau Garzweiler, in dessen Bereich das Dorf liegt, müssten nach den Berechnungen von Aurora noch maximal 124 Millionen Tonnen weggebaggert werden – selbst unter dem Szenario eines steigenden Stromverbrauchs. Damit wäre das Dorf gerettet, wenn da nicht noch der Bedarf für die Braunkohleveredelung wäre, die wird vom Wirtschaftsministerium in NRW auf 55 Millionen Tonnen geschätzt. Wären dann 179 Millionen Tonnen.

Doch erst ab einem Bedarf von 170 Millionen Tonnen wird die Kohle unter Lützerath überhaupt gebraucht – das wiederum steht auch in dem Gutachten, auf das sich Habeck und die NRW-Landesregierung stützen.

Diese Zahlen sind Grundlage des Gesetzes zum vorgezogenen Kohleausstieg vom vergangenen Jahr.

[...]

Mit diesen sogenannten Veredlungsmengen ist etwa die Herstellung von Briketts gemeint oder der Verkauf von Kohlestaub an die Industrie. Das Problem: Diese 55 Millionen Tonnen sind eben eine Schätzung – bisher konnten Gutachter sie weder bestäti-

gen noch bestreiten. Doch an dieser Unschärfe hängt das Schicksal von Lützerath, eine für den Steuerzahler verdammt teure Räumung und eine vermeidbare politische Eskalation.

[...] Es gibt gleich mehrere Argumente, warum die 55 Millionen Tonnen fragwürdig sind:

- Die letzte westdeutsche Brikettfabrik in Frechen bei Köln schloss noch im Dezember 2022. In dieser Fabrik hat die Veredelung der Braunkohleprodukte bisher stattgefunden. Wenn sie gerade jetzt schließt, kann der Bedarf so groß nicht sein.

- Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) wird der Bedarf nach Veredelung in den nächsten Jahren sinken. Zudem könnte der Export von Braunkohlestaub ins Ausland beendet werden. Dort werde er laut DIW vor allem für Zementwerke genutzt, die auch mit Steinkohle betrieben werden. Das ist klimapolitisch gleich doppelt fragwürdig.

- Zudem ist zweifelhaft, ob die Gewinnung dieser Veredelungsprodukte mit dem »Wohl der Allgemeinheit« begründet werden könnte, die dem Bergrecht zugrunde liegt. Bei der Energiekrise helfen sie jedenfalls nicht weiter.

Grundsätzlich sind Politik und Gutachter auf solche Zahlen vom Betreiber angewiesen. Aber ihre Pflicht wäre es, diese sauber nachzuprüfen. Denn RWE sitzt bei der Erhebung der Daten immer am längeren Hebel – vor allem wenn Zeitdruck herrscht.

In einer Stellungnahme räumt der Kohlekonzern sogar ein, dass die Abbaggerung politische Gründe hat: »Keine Befriedung: Es entstünde eine Motivation zu weiteren Blockaden. Damit zusätzliche Unsicherheiten bei der weiteren Tagebauführung«, heißt es in einer Stellungnahme vom August 2022.

[...]

Auch der Polizeipräsident Dirk Weinspach erklärte in einem [Schreiben an die Besetzer](#): »Ich wünschte, die Räumung von Lützerath hätte sich vermeiden lassen. Aber sie ist – nach allem, was ich weiß – leider unvermeidlich.«

Er teile »deren Sorge vor einer weiteren Erderwärmung und vor den Folgen, die es haben wird, wenn es nicht gelingt, das völkerrechtlich vereinbarte 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.«

Hier scheint der Polizeipräsident weiter zu denken als RWE und grüne Politiker.